

Jahresbericht 2013
des Verwaltungsgerichts
des Kantons Graubünden

An den Grossen Rat des Kantons Graubünden

Sehr geehrter Herr Landespräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Gestützt auf Art. 51a Abs. 1 der Kantonsverfassung und Art. 68 Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes erstatten wir Ihnen Bericht über die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtes während des Jahres 2013.

I. Gerichtsorganisation

1. Personelles

Präsident:	Meisser Urs, Dr. iur., von Davos, in Davos Monstein	V
Vizepräsident:	Priuli Agostino, lic. iur., von Chur und Arvigo, in Chur	V
Richterin/ Richter:	Moser Jacqueline, lic. iur., von Arni und Herrliberg, in Flims	V
	Stecher Robert, lic. iur., von Sumvitg, in Chur	V
	Audétat Thomas, Dr. iur., von Bern, Les Verrières und La Côte-aux-Fées, in Chur	V
Aktuarinnen/ Aktuare:	Krättli-Keller Monica, lic. iur., von Buseno und Untervaz, in Trimmis	TZ
	Gross Beat, lic. iur., von Tschier, in Chur	V
	Trümpler Ralph, Dr. iur., von Wädenswil, in Flims-Waldhaus	TZ
	Bernhard Givel Claudia, Dr. iur., von Untervaz, in Chur	TZ
	Simmen Tobias, MLaw, von Obersaxen in Chur	V
Kanzleichef:	Saurer Hans-Jörg, von Sigriswil, in Chur	V
Sekretärinnen:	Sommer Silvia, von Grabs, in Chur	V
	Colin Claudia, von Lenzburg AG, in Thusis	TZ

V = Vollamt TZ = Teilzeit

Als Substitute beschäftigte das Gericht in der ersten Jahreshälfte M^{Law} Marco Brunner, Domat/Ems, und Dr. iur. Micha Nydegger, Landquart, in der zweiten Jahreshälfte lic. iur. Alice Blumenthal, Chur. Wie üblich wurden daneben je nach Bedarf verschiedene Aktuarinnen und Aktuare ad hoc eingesetzt.

Als Kompensation für die längere Abwesenheit von drei Aktuaren konnten drei bewährte Aktuarinnen ad hoc zu 50% für mehrere Monate fest angestellt werden.

Der Aktuar Dr. iur. Ralph Trümpler (Stellenantritt 15. September 2012/ Teilpensum 50%) verliess das Gericht per 31. Dezember 2013. Wir danken ihm herzlich für seinen Einsatz und wünschen ihm für seine Zukunft alles Gute.

Die verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Zuständigkeiten und die Besetzung der Kammern waren wie folgt geregelt:

1. Kammer (Audétat/Priuli/Stecher)

politische Rechte

Aufenthalt, Niederlassung, Bürgerrecht

Fremdenpolizei

Gewerbepolizei

Grundbuch

Grundstückwerb durch Personen im Ausland

Konzessionen

übrige Polizei

Personalrecht

Anwalts- und Notariatsrecht

Erziehung und Kultur

Strassenrecht

Submissionen, Wasserwirtschaft, öffentliche Dienste

öffentliche Sachen

2. Kammer (Mosser/Meisser/Priuli)

Alters- und Hinterlassenenversicherung

Unfallversicherung

Arbeitslosenversicherung

berufliche Vorsorge

Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung

Familienzulagen

Opferhilfe

3. Kammer (*Stecher/Moser/Audétat*)

Invalidenversicherung
Krankenversicherung
Militärversicherung
Gesundheitswesen
Sozialhilfe
unentgeltliche Prozessführung

4. Kammer (*Priuli/Stecher/Meisser*)

Gebühren
Ersatzabgaben
Perimeter und übrige Beiträge
kantonale und kommunale Steuern
direkte Bundessteuer
Kirchensteuer
Kurtaxen und Tourismusförderungsabgabe
Enteignung
amtliche Schätzung
Katastrophenhilfe, Feuerwehr, Zivilschutz

5. Kammer (*Meisser/Audétat/Moser*)

Bauen ausserhalb der Bauzonen (BAB)
Baurecht
Natur-, Heimat- und Denkmalschutz
Ortsplanung
Umwelt- und Gewässerschutz
Waldrecht
Gebäude- und Elementarschaden
Landwirtschaft

2. Verwaltungsrechtspflege

Im Vergleich mit den Vorjahren ist die Arbeitsbelastung des Verwaltungsgerichts dieses Jahr erneut gestiegen. Die Neueingänge beliefen sich im Berichtsjahr auf total 582, die Erledigungen auf total 547 Fälle. Die Neueingänge liegen damit um über 16% über den Durchschnittswerten der Jahre 2006 bis 2011, in denen die Eingänge wie auch die Erledigungen jeweils rund 500 Fälle ausmachten. Im Bereich Raumordnung («R»-Fälle) steigerte sich die Zahl der Eingänge nochmals massiv (243 und damit eine Steigerung um 17% gegenüber den mit 207 schon weit über dem Mittel liegenden Neueingängen 2012; dies bei 227 Mitteilungen im Berichts-

jahr). Wie im Vorjahr ist dies insbesondere auf zahlreiche Beschwerden im Zusammenhang mit der Annahme der Eidgenössischen Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» zurückzuführen. Im Bereich Übriges Verwaltungsrecht («U»-Fälle) nahm die Zahl der Neueingänge mit 110 gegenüber 2012 (135) um 22% ab, die Mitteilungen beliefen sich auf 111. Im Bereich des Abgaberechts («A»-Fälle) waren die Zahlen mit 62 Neueingängen gegenüber 55 im Vorjahr leicht höher (54 Mitteilungen). Der Bereich Sozialversicherungsrecht («S»-Fälle) steht mit 157 Neueingängen gegenüber 143 im Vorjahr ebenfalls leicht höher zu Buche (150 Mitteilungen).

Als direkte Folge der gestiegenen Anzahl Beschwerden stieg auch die Zahl der auf das Folgejahr übertragenen Fälle im Berichtsjahr (322) gegenüber dem Vorjahr (266) um 21%. Die Zahl der Weiterzüge an das Bundesgericht in Lausanne (157) stieg gegenüber 54 im Jahr 2012 markant an, wobei bemerkenswert ist, dass fast die Hälfte dieser Weiterzüge auf das Konto eines Beschwerdeführers geht. Die Zahl der Weiterzüge an das Bundesgericht in Luzern (19) blieb gegenüber 15 im Vorjahr etwa konstant.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Fälle mit einer Verfahrensdauer von 6 bis 12 Monaten haben von 150 auf 168 zugenommen, diejenigen mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten von 34 auf 60. Die Zahl der Erledigungen mit Verfahrensdauern zwischen drei und sechs Monaten nahm leicht ab (105 gegenüber 138 im Jahr 2012). Dagegen konnten im Berichtsjahr 214 Fälle mit einer Verfahrensdauer von weniger als drei Monaten erledigt werden, gegenüber dem Vorjahr (191) folglich 12% mehr. Die normale Verfahrensdauer eines Durchschnittsfalles beträgt mit der Instruktion, der Prozessvorbereitung, der Urteilsfällung und der schriftlichen Urteilsbegründung auch im besten Falle vier bis sechs Monate.

3. Administration

Die Beschaffung der gemeinsamen, modularen Informatiklösung im Bereich «juristisches Know-How-Management» (u.a. neue Suchmaschine für Entscheide sowie Ablösung der Bibliothekslösungen) für die Bündner Gerichte konnte im Frühling des Berichtsjahres erfolgreich operativ umgesetzt werden. Sie wurde im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung des Bündner Anwaltsverbandes vom 15. November 2013 in Chur der Bündner Anwaltschaft vorgestellt. Insbesondere wurde auch auf die Möglichkeit hingewiesen, die Publikation der neuesten Entschei-

de über ein unentgeltliches RSS-Feed Abonnement direkt gemeldet zu erhalten. Das vorgesehene gemeinsame kantonale Justizportals, d.h. ein Internetauftritt mit einheitlicher Navigationsstruktur und Entscheidungsdatenbank, ist auf das Ende des Berichtsjahres soweit erarbeitet und abgeschlossen. Die Aufschaltung des Justizportals steht kurz bevor.

Die gestützt auf Art. 21 des kantonalen Enteignungsgesetzes einverlangten Jahresberichte der kantonalen Enteignungskommissionen I–VIII wurden zur Kenntnis genommen. Sie haben insgesamt ergeben, dass ein Fall aus dem Vorjahr 2012 übernommen wurde und im Verlaufe des Berichtsjahres zwei weitere Fälle dazukamen, sodass insgesamt bei einem erledigten Fall noch zwei Fälle auf das Folgejahr 2014 übertragen wurden.

4. Praxis des Verwaltungsgerichtes (PVG)

Der Jahrgang 2012 ist im Berichtsjahr programmgemäss erschienen. Der Jahrgang 2013 steht in Bearbeitung und wird in der ersten Hälfte des Jahres 2014 veröffentlicht werden.

Für die Rechtsprechung wird auf die ausführliche Berichterstattung verwiesen.

Rund 90% der Urteile wurden fortlaufend auf der Homepage des Gerichtes anonymisiert veröffentlicht und gleichzeitig in die dort jederzeit zugängliche Entscheidungssammlung integriert.

5. Sitzungstätigkeit

- Das Gericht trat zur Beratung der Fälle zu 59 (Vorjahr 65) Sitzungen zusammen und führte 27 (Vorjahr 32) Augenscheine durch.
- Im Berichtsjahr wurden 4 (Vorjahr 3) Referentenaudienzen und 3 (Vorjahr 8) Zeugeneinvernahmen durchgeführt.
- Das Gericht hat in Fünfer-Besetzung entschieden:
9 Fälle (Vorjahr 14) gemäss zwingender Vorschrift,
7 Fälle (Vorjahr 5) auf Anordnung des Vorsitzenden.
- In einzelrichterlicher Kompetenz wurden 46 Fälle (Vorjahr 31) entschieden.

II. Rechtsprechung

Über die Geschäftsentwicklung im Jahre 2013 und die Art der Geschäfts erledigung informiert die nachstehende tabellarische Gesamtübersicht:

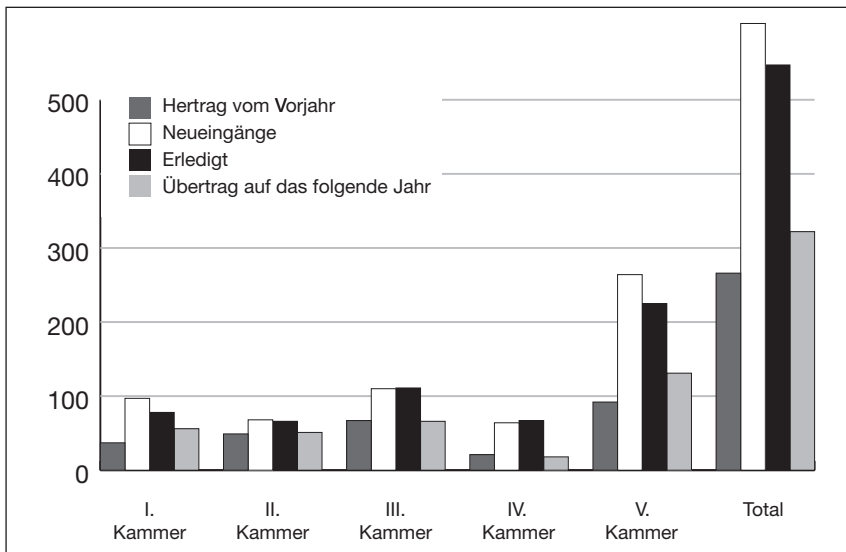
Geschäftsübersicht

A. Verwaltungsgericht

1. Gesamtübersicht

Kammern	I	II	III	IV	V	Total
Hertrag vom Vorjahr	37	49	67	21	92	266
Neueingänge [582 + 21*)]	97	68	110	64	264	603
Total	134	117	177	85	356	869
Hievon erledigt	78	66	111	67	225	547
Übertrag auf das folgende Jahr	56	51	66	18	131	322

*) = retour von BGer



Von den 322 auf das Jahr 2014 übertragenen Fällen stammen 280 aus dem Jahre 2013, 42 Fälle aus dem Jahre 2012 oder früher, nämlich:

Jahr	Anzahl Fälle	Grund
2009	2 1	sistiert, Revision Ortsplanung aufwändige Beweiserhebung
2010	1	Zonenplanänderung gescheitert, Wiederaufnahme des Verfahrens
2011	4 1 1 1	aufwändige Beweiserhebungen sistiert, Revision Ortsplanung aufwändige Beweiserhebung mit Gutachten entschieden, kurz vor Mitteilung
2012	3 5 1 1 1 1 1 1 1 1 1 7 7	aufwändige Beweiserhebung mit Gutachten aufwändige Beweiserhebung, kurz vor Beratung laufende Vergleichsverhandlungen, kurz vor Einigung sistiert gewesen, Beschwerde in Parallellfall beim BG hängig gewesen, kurz vor Entscheid sistiert, warten auf Zustimmung der neuen Wiederherstellungspläne sistiert, neue Verfügung ausstehend sistiert, laufende Vergleichsverhandlungen sistiert, Entscheid in Parallellfall abwarten retour von BG, kurz vor Beratung Prozessbeschwerdeverfahren, kurz vor Entscheid System-Fehler EDV, kurz vor Beratung Zweitwohnungsproblematik, umfangreiche Abklärungen entschieden, kurz vor Mitteilung
Total	42 (Vorjahr 20)	

2. Art der Erledigung

Kammern	I	II	III	IV	V	Total
Gutgeheissen	12	13	25	10	10	70
Teilweise gutgeheissen	0	2	4	10	12	28
Abgewiesen	33	43	50	31	97	254
Nicht eingetreten	4	0	10	2	29	45
Abgeschrieben	26	5	22	14	67	134
Diverse*	3	3	0	0	10	16
Total	78	66	111	67	225	547

*) = Kostenentscheide, Überweisungen, Feststellung Vorsorge-Guthaben

B. Weiterzüge an das Bundesgericht

(in Klammern Vorjahr)

	Bundesgericht (Lausanne)		Bundesgericht (Luzern)		Total	
Pendent am 1.1.2013	23	(12)	5	(13)	28	(25)
Weiterzüge	157	(54)	19	(15)	176	(69)
	180	(66)	24	(28)	204	(94)
Hievon erledigt	151	(43)	19	(23)	170	(66)
Pendent am 31.12.2013	29	(23)	5	(5)	34	(28)
Art der Erledigung						
Gutgeheissen	49	(3)	2	(2)	51	(5)
Teilweise gutgeheissen	6	(7)	0	(0)	6	(7)
Abgewiesen	22	(19)	14	(17)	36	(36)
Nicht eingetreten	6	(10)	2	(3)	8	(13)
Rückzug/ Abschreibungen	68	(4)	1	(1)	69	(5)
Total	151	(43)	19	(23)	170	(66)

C. Dauer des Verfahrens

Über die Dauer der Verfahren vor Verwaltungsgericht vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Mitteilung des Entscheides gibt die nachstehende Tabelle Aufschluss:

Dauer der Verfahren	Fälle	(Vorjahr)
bis 3 Monate	214	(191)
3 bis 6 Monate	105	(138)
6 bis 12 Monate	168	(150)
12 Monate und länger	60	(34)
Total	547	(513)

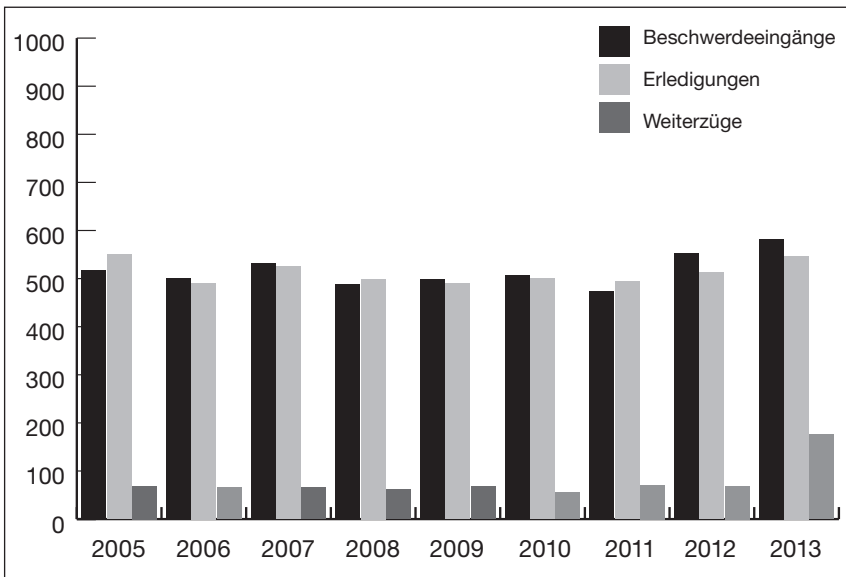
D. Kosten des Verfahrens

Über die Kosten der Verwaltungsgerichtsbarkeit informiert die nachstehende Zusammenstellung:

Entscheide	547
Einnahmen aus Staatsgebühren*	Fr. 562 493.40
Einnahmen für Kanzleiauslagen*	Fr. 96 126.00
zusammen	Fr. 658 619.40
Durchschnitt pro Urteil (547)	Fr. 1 204.05
Durchschnitt pro Urteil ohne kostenlose Verfahren (461)	Fr. 1 428.65
Gemäss Staatsrechnung beträgt der Gesamtaufwand der Verwaltungsgerichtsbarkeit Fr. 3 288 581.83, die Einnahmen Fr. 680 331.65	
* In den meisten Sozialversicherungsfällen und einigen weiteren Rechtsgebieten können keine oder nur geringe Gebühren erhoben werden. Gemäss Gebührenordnung für das Verwaltungsgericht (Staatsgebühr Fr. 100.– bis Fr. 20 000.–, in Sonderfällen bis Fr. 100 000.–, und Ausfertigungsgebühr von Fr. 16.– je Originalseite).	

E. Mehrjähriger Vergleich

Jahre	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Eingänge	517	500	531	487	499	506	473	552	582
Erledigungen	550	491	525	494	490	500	494	513	547
Weiterzüge	69	65	66	61	68	56	71	69	176
Sitzungstage	52	60	59	65	57	63	47	65	59
Augenscheine	56	75	56	55	47	51	33	32	27



III. Einzel-Übersicht

Die nachstehende Tabelle informiert in allen interessierenden Einzelheiten über den Geschäftsverlauf im Berichtsjahre 2013:

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse (*)	Total
Abgaberecht							
Anschlussgebühren	2	-	4	1	1	-	8
Benutzungsgebühren	-	-	-	-	2	-	2
Gebühren übriges	-	-	2	-	-	-	2
Ersatzabgabe	-	-	2	-	-	-	2
Beitrags- und Peri- meterverfahren	-	-	-	-	-	-	-
Nachlass- und Erb- schaftssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Einkommenssteuer	1	-	9	-	4	-	14
Sondersteuer auf Kapitalgewinn	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Grundstückgewinn- steuer	1	-	3	-	3	-	7
Handänderungs- steuer	1	-	-	-	-	-	1
Kirchensteuer	-	-	-	-	-	-	-
Steuern der jur. Personen	-	2	1	-	1	-	4
Schenkungssteuer	-	-	-	-	-	-	-
Steuer gebrannte Wasser	-	-	-	-	-	-	-
Steuern übriges	2	-	6	-	1	-	9
Kurtaxen und Touris- musförderungsab- gabe	1	-	1	1	-	-	3
Raumordnungs- recht							
Bauen ausserhalb der Bauzonen	-	1	3	-	4	-	8
Baurecht	9	7	80	26	50	10	182
Enteignung	-	1	-	-	-	-	1

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse (*)	Total
Landwirtschaft	-	-	2	1	2	-	5
Natur-, Heimat-, Denkmalschutz	-	-	-	-	1	-	1
Planung	2	4	10	2	7	-	25
Umwelt- und Gewäs- serschutzrecht	-	-	2	-	1	-	3
Waldrecht	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversiche- rungsrecht							
Alters-/Hinterbliebe- nenversicherung	1	-	2	-	2	-	5
Schadenersatz nach AHVG	1	-	2	-	2	-	5
Arbeitslosenver- sicherung	4	-	14	-	2	-	20
Berufliche Vorsorge	1	1	1	-	-	1	4
Invalidenversicherung	10	3	39	6	10	-	68
Krankenversicherung	2	-	4	1	4	-	11
Krankenversicherung VVG (Klageverfahren)	-	-	2	-	2	-	4
Militärversicherung	-	-	-	-	-	-	-
Unfallversicherung	6	1	25	-	2	1	35
EL/EOG	1	-	1	-	-	1	3
Übrige Sozialver- sicherung	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Verwal- tungs- und Verfah- rensrecht							
Submissionen	7	-	11	1	14	-	33
Fremdenpolizei	1	-	2	-	1	-	4
Gesundheitswesen	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbepolizei	-	-	2	-	-	-	2
Konzessionen	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Polizei	-	-	1	1	-	-	2
Personalrecht	1	-	3	1	2	-	7
Anwalts- und Notariatsrecht	-	-	1	-	-	-	1

	Gut- heissung	teilweise Gutheis- sung	Abwei- sung	Nicht- eintreten	Ab- schrei- bung	Diverse (*)	Total
Strassenrecht	-	-	-	-	2	-	2
SVG	1	-	-	-	1	1	3
Politische Rechte	-	-	1	-	-	-	1
Amtliche Schätzung	-	7	-	-	-	-	7
Opferhilfe	-	-	-	-	-	-	-
Katastrophenhilfe	-	-	-	-	-	-	-
Gebäude- und Ele- mentarschäden	-	-	1	-	1	-	2
Grundstückwerb durch Personen im Ausland	-	-	-	-	1	-	1
Erziehung und Kultur	1	-	9	-	2	1	13
Aufenthalt, Niederlas- sung, Bürgerrecht	-	-	-	-	-	-	-
Sozialhilfe	13	1	2	3	6	-	25
Unentgeltliche Rechtspflege	-	-	3	-	-	-	3
Wasserwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-
Öffentliche Dienste	-	-	-	1	-	-	1
Staatshaftung	-	-	-	-	1	-	1
Öffentliche Sachen	-	-	-	-	1	1	2
Sonstiges Verwal- tungsrecht	-	-	-	-	-	-	-
Verfassungsrecht							
Abstrakte Normen- kontrolle	1	-	-	-	-	-	1
Politische Rechte	-	-	3	-	1	-	4
Autonomie	-	-	-	-	-	-	-
Total	70	28	254	45	134	16	547

*) = Kostenentscheide, Überweisungen, Feststellung Vorsorge-Guthaben

IV. Kenntnisnahme Berichte Schlichtungsstelle und Schiedsgericht SVR

Das Verwaltungsgericht hat von den Jahresberichten 2013 der kantonalen Schlichtungsstelle SVR vom 10. Januar 2014 und des kantonalen Schiedsgerichtes SVR vom 13. Januar 2014 Kenntnis genommen.

Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, um Genehmigung des Rechenschaftsberichtes 2013.

Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden

Der Präsident:

Dr. iur. U. Meisser

Die Aktuarin:

lic. iur. M. Krättli-Keller